

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Feiertagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei jeder Zustellung im Haus für Groß-Berlin aber bei den...
Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 10 III.
Verleger: Kurt Roden 2805 und 2896.

Bestellen Sie die „Freiheit“...
Verleger: Kurt Roden 2805 und 2896

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Montag, den 21. Juli:

Internationale Kundgebung für den Sozialismus!

Ein Warnungszeichen.

Verailles, 18. Juli.

Der Generalsekretär der französischen Gewerkschaften, J. B. L. schreibt in der Zeitung „Le Travail“: Es ist eine Ironie, wenn man ein Volk den Namen des Rechts und der Freiheit feiern läßt, und es zu gleicher Zeit unter einem Ausnahmestande...
Die Kundgebung in Oesterreich.

Die Kundgebung in Oesterreich.

Wien, 17. Juli.

Die Sozialdemokratische Korrespondenz schreibt: Der Reichsverband beschloß in seiner heutigen Sitzung einstimmig, die Solidaritätskundgebung mit dem internationalen Proletariat am 21. Juli in völliger Einbettung vor sich gehen zu lassen.

Der internationale Proteststreik.

Genf, 18. Juli.

Die Delegierten des Eisenbahnerkongresses des Pariser Bezirks haben beschlossen, am 21. Juli die Arbeit niederzulegen. Einen ähnlichen Beschluß hat der Verwaltungsrat des Syndikats der Eisenbahnen gefaßt. Die Eisenbahner der Mittelmeerbahnen nahmen eine gegenständige Haltung an.

Nach Meldungen aus London haben in verschiedenen englischen Städten die Arbeiter für den 21. Juli den Streik proklamiert.

Dem Demonstrationstreik am nächsten Montag wollen sich auch die Arbeiter in Kanada und in den Vereinigten Staaten anschließen.

Deutschlands Beziehungen zu Rußland.

London, 17. Juli. (Reuter.)

In Beantwortung einer Anfrage teilte Lord Curzon mit, er glaube, daß die deutsche Regierung sich bemühe, diplomatische Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung anzuknüpfen, und daß eine deutsche inhaftierte und kommerzielle Kommission Sowjet-Rußland besucht habe aber im Begriffe sei, es zu tun. Die Delegierten in Paris wählten dieser Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit.

Die deutschen Schiffe in Südamerika.

London, 17. Juli. (Reuter.)

In Vertretung des Schiffahrtsministeriums sagte Wilson in Beantwortung einer Anfrage über die Benutzung der deutschen Schiffe, die in südamerikanischen Gewässern interniert sind: Die britische Regierung bemühe sich, die Schiffe in Fahrt zu bringen, aber es könne noch einige Monate dauern, bis die Mehrzahl von ihnen zur Benutzung gebracht sein würde.

Siebenstundentag im englischen Bergbau.

London, 17. Juli. (Reuter.)

Die Bergbauvorlage, die den von der Regierung versprochenen Siebenstundentag festsetzt, wurde in zweiter Lesung angenommen.

Die Lage in der Tschechoslowakei.

Prag, 17. Juli.

In der Nationalversammlung erklärte Finanzminister Horáček, er werde bei der Reform der von dem früheren Finanzminister Masin eingeschlagenen Weg mit einigen Abweichungen fortfahren. Die Börse solle wieder eröffnet werden. Neue Steuern und eine Vermögensabgabe seien notwendig. Die finanzielle Lage sei sehr schwierig. Die Kriegsverluste in der Slowakei und Wetterkatastrophen hätten die Lage noch verschlimmert. Zudem sei es unklar, ob seitens der Pariser Friedenskonferenz nicht noch unliebsame Ueberraschungen bevorständen, und wie schließlich die Liquidierung mit dem ehemaligen Oesterreich ausfallen werde.

Prag, 17. Juli.

Das Abendblatt „Pravo lidu“ veröffentlicht den ersten Artikel eines Gesetzentwurfs über die Wahlordnung für die neue Nationalversammlung. Die die Tschechoslowakei in 16 Wahlkreise mit insgesamt 94 Abgeordneten einteilt. Wahlberechtigt sind alle mindestens 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geschlechts. Die Wahlen werden Verhältniswahlen sein.

Der Schulkompromiß vor der Nationalversammlung.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Weimar, 18. Juli.

Dem reaktionären Aufsatz von gestern folgte in der heutigen Vormittagssitzung der Beginn der Erörterungen über das Schulkompromiß selbst. Vorausgegangen war die Erledigung kleiner Anfragen und die Einbringung von Interpellationen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen über den Landarbeiterstreik in Hammern. Die reaktionären Parteien suchten in diesen Interpellationen den Streik als Folge gemeinschaftlicher Agitation und „spontankommunistischer“ und kommunistischer Antriebe hinzustellen. Nach dem Eingeständnis des preussischen Landwirtschaftsministers, daß die Ausbreitung des Streiks nur die Folge des Belagerungsstandes sei, dürfte ihnen die Aufrechterhaltung dieser Lage schwer fallen.

Dann begann die Beratung des Abjages über Bildung und Schule. Nach dem Berichterstatter Weich, der die Vorlage des Ausschusses vertrat, ergriff der Minister des Innern, David, das Wort, um das Schulkompromiß zu verteidigen. Das Maß der Schande der Rechtssozialisten wird dadurch erfüllt, daß einer ihrer Minister die Vertretung dieses reaktionären Paktes übernahm, daß ein Minister, der sich Sozialdemokrat nennt, sich von rechts her wandte gegen die Ansichten der Demokraten in der Frage der Privatschule, die wirklich fortschrittlicher sind, als die des Schulkompromisses, daß er schließlich wagte, die in dem Kompromiß festgelegten Prinzipien für befähigte und unbemittelte Schüler als einen Triumph der sozialen Demokratie zu feiern. Die Schamlosigkeit kann nicht weiter getrieben werden, als es Herr David dadurch tat, daß er den Kompromiß noch als Fortschritt hinzustellen wagte.

Der Abgeordnete und Unterstaatssekretär Heinrich Schulz-Opreuchen übernahm nach David die weitere Vertretung des Kompromisses. In ziemlich elegischem Ton mußte er zugestehen, daß die sozialdemokratischen Grundzüge ausgeglichen worden seien aus dem Bestreben, die Koalitionsregierung mit dem Zentrum und den Sozialdemokraten aufrecht zu erhalten. Es ist begreifbar, daß es zwei Regierungsleute, ein Staatssekretär und ein Unterstaatssekretär, waren, die diesen Aufschand sich bemühen zu beschönigen.

Die Debatte geht weiter.

Die Disposition der Nationalversammlung.

Eigene Drahtnachricht der „Freiheit“.

Weimar, 18. Juli.

Die Nationalversammlung wird heute wieder als achtundzwanzigster Tag. Die Beratung der Verfassung wird rascher diese Woche nicht zu Ende gehen. Die Beratung dürfte heute über die Erledigung des Abjages über Bildung und Schule kaum hinausgehen.

Am Sonnabend wird die Interaktion der Rechten über Beamtenfragen erledigt werden. Am Montag wird dann die Programmrede des Ministerpräsidenten Dr. Brüning folgen. Die daran anschließende politische Aussprache ist auf drei Tage berechnet, so daß erst am Donnerstag nächster Woche mit der Beratung der Verfassung fortgesetzt werden wird.

Vor der Uebergabe des Saarreviers.

Verailles, 17. Juli.

Auf die deutsche Anregung, die nötigen Vorbereitungen zur Uebergabe der Kohlengruben des Saarreviers zu treffen, hat die französische Regierung heute mitgeteilt, daß sie einen Grubeninspektor in Begleitung eines Finanzbeamten nach Saarbrücken entsenden wird, um dort am 28. d. M. mit den deutschen Beauftragten zusammenzutreffen, um das Erforderliche zu veranlassen. Bei dieser Zusammenkunft soll auch die Frage erörtert werden, in wie weit die deutschen Bergbauern übernommen werden sollen.

Ein ernstes Wort.

Zu der Kundgebung am 21. Juli.

Wir wollen die Tatsachen sprechen lassen. Die Arbeiter Frankreichs, Englands und Italiens hatten beschlossen, den 21. Juli zu einer gewaltigen Kundgebung des internationalen Proletariats zu machen. Es sollte ein Protesttag werden gegen den Frieden von Versailles, der ein Frieden des herrschenden Imperialismus, also ein Frieden der Gewalt ist. Das internationale Proletariat wurde aufgerufen, gemeinsam zu protestieren gegen die Raub- und Unterdrückungspolitik des Kapitalismus, zu demonstrieren für den Aufbau des Sozialismus. Die Arbeiter sollten sich wenden gegen die Interventionen in Rußland und in Ungarn, die nur eine neue Fortsetzung des Friedens bedeuten. Das Proletariat sollte die völlige Abrüstung, die Beseitigung des Militarismus der ganzen Welt fordern.

Der Aufruf zu diesen Kundgebungen wurde von den Arbeitern der drei Entente-Staaten mit Begeisterung aufgenommen. Die englische Arbeiterpartei schloß sich ihm an. Die italienischen Sozialisten kündeten die Ausgestaltung dieses Tages zu einer Kundgebung für die soziale Weltrevolution an. Die Delegation der französischen Gewerkschaften unterstützte die Aktion für die Kundgebung durch einen besonderen Aufruf zu einem selbständigen Generalstreik. Neben den allgemeinen Forderungen wurden noch folgende aufgestellt: Amnestie für alle politisch-militärisch Verurteilten, Wiederherstellung der konstitutionellen Freiheiten, vor allem Aufhebung der Kasse.

War es nicht Pflicht der deutschen Arbeiterchaft, sich dieser Kundgebung anzuschließen und aus ihrer Seite aus den 21. Juli zu einem Bekenntnistag für internationale Solidarität, für den Sozialismus zu machen? Die Unabhängige Sozialdemokratie hat diese feststehende Pflicht sofort erfüllt. Am 15. Juli erließ die Zentralleitung unserer Partei einen Aufruf an das revolutionäre Proletariat Deutschlands, in dem die Arbeiter aufgefordert wurden, sich in großen Kundgebungen dem Weltproletariat anzuschließen. Sie wurden aufgerufen, in Versammlungen und in Umzügen an diesem Tage zu demonstrieren für die internationale Solidarität, für den gemeinsamen Kampf des Proletariats zur Eroberung der politischen Macht, für den Gedanken der Weltrevolution und der sozialistischen Weltbefreiung. In diesem Aufruf war kein Wort enthalten, das nicht von jedem Sozialisten, gleichviel zu welcher Richtung er sich bekennt, unterzeichnet werden konnte. Kein Wort stand darin gegen die Anhänger der anderen sozialistischen Parteien.

Am 21. Juli sollte das Proletariat der Welt möglichst geschlossen auftreten. In einheitlicher Aktion sollte auch die deutsche Arbeiterchaft zeigen, daß sie entschlossen ist, in Gemeinschaft mit den Bruderparteien der anderen Länder die sozialistischen Ziele zu verwirklichen. Der Aufruf des Parteivorstandes der Unabhängigen Sozialdemokratie enthielt sich daher mit Recht alles dessen, was von dem einen oder dem anderen Teil als trennend empfunden werden könnte. Er war ein Bekenntnis zur Einheit des revolutionären Proletariats.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der rechtssozialistischen Partei, hat für den Inhalt der internationalen Kundgebung, für den Sinn des Aufrufs der Unabhängigen Sozialdemokratie kein Verständnis gehabt. Einen Tag später wandte sich das Blatt gegen die Demonstrationen am 21. Juli. Es verhöhnte unsere Partei, weil wir uns dem Bruderparteien in England, Frankreich und Italien anschließen wollten. Der „Vorwärts“ fragte in seiner Abendausgabe vom 16. Juli: Was also hat es für einen Zweck, wenn das deutsche Proletariat am 21. Juli mitdemonstriert? Und auf diese Frage gab das Blatt folgende Antwort: Die wirklichen Machthaber sind dem Arme des deutschen Proletariats nicht erreichbar, sie sitzen in Paris, London und Washington; wenn die Sozialisten dieser Länder gegen sie kämpfen, so haben sie unsere ganze Sympathie, aber helfen können wir ihnen dabei nicht.

Wie man in der Redaktion des „Vorwärts“ diese Absage in die internationale Rundgebung nieder schrieb, da wollte man dort noch nicht, daß der Vorstand der eigenen Partei sich ihr anschließen wollte. Einen halben Tag später, in der Morgenausgabe vom 17. Juli, veröffentlichte das Blatt einen Aufruf des Vorstandes seiner Partei, in dem die Organisationen aufgefordert wurden, die Aktion unserer Genossen in den Ländern der Entente mit der unrigen zu bereinigen und sie zu einer Rundgebung aller Sozialdemokraten zu gestalten. Zum Unterschied von dem Aufruf der unabhängigen Sozialdemokratie betonte der rechtssozialistische Aufruf nicht das Einende, sondern das Trennende. Ein ganzer Abschnitt in dem Aufruf enthielt einen Angriff auf unabhängige und Kommunisten. Inzwischen aber hatte sich der rechtssozialistische Parteivorstand, wenn auch mit Verspätung, darauf besonnen, daß auch seine Partei noch ein Glied der Internationale sein will.

Der „Vorwärts“, statt zum mindesten ruhig zu sein und seine ungläubliche Blamage bei dieser Gelegenheit möglichst mit Stillschweigen zu übergehen, benutzte die Gelegenheit, um neue Angriffe gegen die unabhängige Sozialdemokratie und gegen die „Freiheit“ zu richten. Wir waren gezwungen, darauf zu antworten und die Wahrheit festzustellen. In seiner heutigen Morgenausgabe hat das Blatt wiederum längere Ausführungen, in denen von der unabhängigen Sozialdemokratie behauptet wird, daß sie sich außerhalb der Internationale stelle. Folgendes sagt der „Vorwärts“:

Das internationale Proletariat, mit Ausnahme der unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands, demonstriert an diesem Tage gegen die friedensgefährliche Vergewaltigung ganzer Völkerstaaten durch die Entente. Die Unabhängigen aber benutzen diese Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen die Regierung und zur Begründung neuer innerpolitischer Unruhen.

Wir wollen uns jedes eigenen Urteils über diese Ausführlungen enthalten. Hören wir aber, was die Parteigenossen des „Vorwärts“ zu dem Verhalten des Blattes sagen. Die „Freie Zeitung“, das rechtssozialistische Tagesblatt, besaß in seiner Ausgabe vom Freitag mit der Stellungnahme des „Vorwärts“ zu der internationalen Rundgebung. Nachdem das Blatt zuerst festgesetzt hat, daß der „Vorwärts“ auch unter der neuen Chefredaktion seiner alten Tradition, sich wöchentlich zweimal bis auf die Knochen zu blamieren, nicht untreu werde, meint es, daß ein Abfälliger Generalkritik zwar einen Verlust in der Volkswirtschaft bedeute, aber es sei zu erwägen, daß demgegenüber ein gewaltiger ideeller Gewinn stehe, der keinesfalls unterschätzt werden dürfe. Wir müßten die Aktion der sozialistischen Bruderparteien unterstützen, damit eine Revision des Friedensvertrages möglich werde. In diesem Sinne habe auch die Parteileitung der unabhängigen Sozialdemokratie ihren Aufruf erlassen. Der Aufruf sei zu begrüßen gewesen, weil er jede Qualifikation der Arbeiter außer Betracht ließ und keine Angriffe gegen Rechtssozialisten enthielt. Der „Vorwärts“ aber habe nicht begriffen, worum es sich handelte. Er glaube nur, daß alles, was in der „Freiheit“ stünde und von den Unabhängigen getan werde, unter allen Umständen zu bekämpfen und zu verurteilen sei. Reicht sei das diesmal dem „Vorwärts“ allerdings nicht gefallen, denn niemals sei das Recht und die Richtigkeit des Handelns so offensichtlich auf der Seite der Unabhängigen gewesen. Das Blatt schließt dann, wie der „Vorwärts“ sich selbst überlegen mußte und es sagt im Anschluß daran:

Es gibt wohl in der Geschichte der deutschen Presse kein Beispiel dafür, daß eine Zeitung sich so lächerlich blamiert hätte, wie der „Vorwärts“ in dieser Angelegenheit. Die ernstliche Seite der Sache ist jedoch die, daß hier einmal zum Ausdruck kommt, wozu die sinnlose Verheugung, die der „Vorwärts“ treibt, führt, und wie durch diese Verheugung die Klarheit der Erkenntnis der sozialistischen Grundzüge und Ziele verloren geht. Das muß leider, wenn auch in beschränkter Form, auch vom Aufruf des Parteivorstandes gesagt werden, der, anstatt die Gelegenheit zu einer gemeinsamen Rundgebung zu benutzen, sich nicht enthalten konnte, entgegen der Zurückhaltung der Unabhängigen die Demonstration gleichzeitig zu einem Pro-

test gegen die totalitäre Politik der Unabhängigen und Kommunisten“ zu benutzen. Auch hier zeigt sich, wie kurzschichtig die Berührung macht, daß selbst der Parteivorstand nicht mehr in der Lage ist, das gemeinsame Ziel zu sehen und um der Sache unter den Parteien die gemeinsame Aufgabe vernachlässigt. Wir fürchten, daß der Parteivorstand damit unserer Partei einen sehr, sehr schädlichen Dienst erwiesen hat, denn weder bei uns in Deutschland werden die Arbeiter diese ganz unzulässige Verschärfung des Kampfes, diese absichtliche Verhinderung gemeinsamer Aktionen verstehen, noch werden wir uns bei unseren ausländischen Genossen damit irgendwelche Sympathien erwerben. Wir glauben deshalb, daß alle unsere Genossen gut tun, sich an diesen Teil des Aufrufs des Parteivorstandes nicht zu lassen und die Demonstration lediglich zu einem gewaltigen Protest gegen allen Imperialismus, den Schmachfrieden und für die internationale sozialistische Solidarität zu gestalten.

Dessen wir es mit der Wiedergabe dieser Äußerung genug sein.

Aber ein ernstes Wort muß bei dieser Gelegenheit an den Teil der Arbeiter gerichtet werden, der noch immer nicht sehen will, wozu die Politik der Rechtssozialisten, der Sozialisten der Regierung, führt. Sie hat zur Folge eine Stärkung des Kapitalismus, eine Schwächung des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre wirtschaftliche und geistige Befreiung. Deshalb ist es Pflicht der Arbeiter, die noch der rechtssozialistischen Partei angehören, bei dieser Gelegenheit alles, was uns sonst trennt, zu vergessen und sich am 21. Juli zur Förderung des revolutionären, sozialistischen Kampfes einzusetzen in das gewaltige Heer des internationalen Proletariats, dessen Vorkämpferin in Deutschland die Unabhängige Sozialdemokratie ist. Der kommende Montag muß der Bourgeoisie zeigen, daß die sozialistischen Ideen nicht tot sind, sondern daß die gesamte Arbeiterklasse fester denn je entschlossen ist, sie zu verwirklichen.

Wollen die Arbeiter aus dem rechtssozialistischen Lager auch an diesem Tage der internationalen Solidarität sich absteils stellen, so wird nur ihre eigene Partei den Schaden davon haben. Wir aber glauben, daß der Appell an ihr proletarisches Gewissen nicht nutzlos verfallen wird, sondern daß sie am kommenden Montag mit allen ihren Arbeitsbrüdern teilnehmen werden an der Demonstration für die sozialistischen Forderungen, für den Kampf um die Befreiung des Proletariats, für den Weltensieg des Sozialismus!

Koste gegen den republikanischen Führerbund. Monarchistische Offiziere werden beschirmt.

Vor einigen Wochen ist in Berlin ein republikanischer Führerbund gegründet worden, der sich die Aufgabe gestellt hat, die deutsche Wehrmacht mit republikanischem und demokratischem Geiste durch Sammlung aller Führer und Unterführer, die ehrlich auf dem Boden der Republik stehen, zu erfüllen. Gegen den Bund setzte sofort eine Reihe aller Reaktionäre ein. Besonders latun sich dabei die Offiziere der Reichswehr hervor, die ja in ihrer überwiegenden Mehrheit auf dem Boden der Monarchie stehen und aus ihrem Bewusstsein keinen Hehl machen. Der „Vorwärts“ war von der Gründung des Bundes so erfreut, daß er ihm einen ganzen Vortragsartikel widmete. Er gab darin offen zu, daß das Gros der reaktionären Elemente im Offizierskorps einen festen Block bildet, gegen den Andersdenkende einfach nicht ankommen können. Er versprach sich deshalb von dem republikanischen Führerbund, daß er „allen ehrlich-republikanischen Elementen in der Armee Jurament und Hilfe“ werden könnte.

Wie nicht anders zu erwarten war, macht dieser schönen Hoffnung jetzt Herr Noske ein jähes Ende. Er zieht hinter dem republikanischen Führerbund einen dicken Strich durch eine Erklärung, die durch das W. L. D. verbreitet wird und in der sich zeigt, daß auch in diesem Falle wieder Herr Noske den Einflüssen der monarchistischen Offiziere erliegen ist. In der Erklärung heißt es:

Die Gründung eines Bundes republikanischer Führer in Meer und Flotte bei Anlaß zu allerlei Betrachtungen gegeben und

bei einer ganzen Anzahl von Offizieren die unzulässige Meinung geäußert, es handle sich dabei um eine von der Reichsregierung und von dem Reichswehrminister gestiftete Organisation, die den Zweck haben könnte, einen Teil der Offiziere, die sich pflichtgetreu in den letzten Monaten zur Verfügung gestellt haben, zu entlassen, falls sich genugsam Führer zur Verfügung stellen, die ein Bekenntnis zur Republik ablegen. In einem offenen Brief an den Reichswehrminister ist sogar der Besorgnis Ausdruck gegeben worden, die Regierung könne die freie Bestimmung und Meinung jedes Offiziers antasten und einen Druck ausüben zu dem Zweck, den Offizieren die Offiziere zum republikanischen Führer und zu verlassen. Solche Bestürzungen und Besorgnisse sind sofort gegenstandslos. Die Regierung und der Reichswehrminister haben mit der Gründung des republikanischen Führerbundes nichts zu tun, sondern es handelt sich dabei um Bestrebungen, die lediglich der Initiative einiger Herren entsprungen ist.

Herr Noske wendet sich dann weiter gegen jede „politische Propaganda“ in den Kasernen. Man weiß, wie das gemeint ist. Und zum Schluß sagt er ganz offen, daß er von keinem Offizier ein republikanisches Bekenntnis verlangt. Das heißt also, die Reichswehr kann noch wie vor der Hört der monarchistischen Offiziere sein. Herr Noske, ihr Oberhaupt, schränkt ihre Agitationsfähigkeit nicht ein, hingegen wendet er sich mit aller Entschiedenheit gegen die Propaganda für republikanische Ideen. Das entspricht durchaus dem Charakter des neuen Heeres, aus dem, seit Noske das Kommando führt, jeder Hauch eines demokratischen Geistes verbannt worden ist und von den Führern wie Gift gemieden wird.

Säet Haß gegen die Bestien!

Der Kommandant der Ortswehr von Bromberg, Herr Major Picht, hat bei seinem Scheiden aus Bromberg folgenden Abschiedsbesehl hinterlassen, der am 15. Juli den Truppen bekanntgegeben wurde:

Der Befehl des R.O.K. ruft mich zu meinem Regiment zurück. Ich verabschiede mich von den Ortswehrkompanien mit dem besten Wunsche für die Zeit eines jeden. Möge diese noch dunkel vor uns liegen; wir wollen die Hoffnung nicht verlieren, daß der Tag, auf den wir warten, und erscheinen wird. Kameraden der Ortswehr, ist Euch bei Kind und Kindeckind, daß gegen die Bestien, die unser Vaterland zersplittern haben. Bereitet den Tag der Rache vor. Bleibt Deutsche, wo ihr auch wohnen mögt. Picht, Major.

Ein Arbeiter, der in einem ähnlichen Tone gegen die heutige Regierung sprechen würde, käme ohne weiteres wegen aufrührerischer Reden vor den Richter, und er würde, bevor ihm der Prozeß gemacht worden ist, zur Sicherstellung des Reiches in Schutzhaft gesteckt werden. Ein preussischer Major hingegen kann ungehindert bei einem anderen Regiment den „Tag der Rache“ gegen die Bestien, die unser Vaterland zersplittern haben, vorbereiten. Herr Noske wird ihm dabei keinerlei Schwierigkeiten machen.

Stimmungsmache.

Von einer offiziellen Stelle wird eine Verfügung der preussischen Regierung vom 2. Januar 1910, die sich auf einige unabhängige Sozialdemokraten als Mitglieder der damaligen Kammer unterzeichnet war, veröffentlicht. Es heißt darin, daß die Vorschläge der Arbeiter in den Staatsverträgen nicht unter allen Umständen bewilligt werden sollen, sondern daß sie erst sorgfältig zu prüfen seien. Außerdem werden einige Stellen aus einer Rede des Genossen Pöhlke in der Berliner Stadtverordnetenversammlung vom 12. Juli 1910 wiedergegeben, die sich gegen die regellose Bewilligung von Zulagen an einzelne Beamtenkategorien wendet und darauf hinweist, daß es außer den städtischen Arbeitern und Beamten noch eine große Gruppe der Bevölkerung gebe, denen es noch viel schlechter gehe.

Wir verstehen nicht, was die Regierung mit diesen beiden Veröffentlichungen bezweckt. Zunächst einmal ist festzustellen, daß durch die planlose Wirtschaftsführung der Regierung durch die Behinderung der Sozialisierung, die Arbeiter und Beamten immer aufs neue gezwungen werden, Lohnforderungen zu stellen. Unsere Genossen verlangen durchaus nicht, daß es unter den augenblicklichen Verhältnissen nicht möglich ist, sofort allen diesen Forderungen zuzustimmen. Das wir aber verlangen, daß in jedem Falle mit den Beamten und Arbeitern verhandelt wird.

Gottfried Keller.

Zum hundertsten Geburtstag.

Beit die großen Romane der modernen Literatur ruhig beiseite. Was ist es denn mit den weißen Büchern, die heute den Markt beherrschen? Vergangliche Literatur. Selbst die „großen Romane“, die jetzt von denen gelesen werden, die sich für dieses Geld die teuren Bücher der Gegenwart kaufen können, verschwinden bald. Zwar sind die Dokumente unserer Geschichte, armen Jünglingsgeschichten, von europäischem Geist und Ungeist wird durchgedrungen, wie z. B. der neue große Roman Jakob Wassermanns „Christian Wahnschaffe“. Wie wichtig sind nun erst die vielen Erscheinungen der Tagesliteratur, die uns den Büchertisch füllen und glücklicherweise von Arbeitern nicht gekauft werden. Sieht man von dem Roman des großen in der Schweiz lebenden Franzosen Romains Rolland ab, dessen „Tobacco Christoff“ ein unübertreffliches literarisches Kunstwerk ist, so bleibt von neueren deutschen Werken wenig zu empfehlen. Aber im nächsten Jahre ist die dreißigjährige Frist abgelaufen, nach der die Werke Gottfried Kellers frei werden. Dann erst werden sie vertrieben in die Kreise bringen, die ihnen bisher aus pekuniären Gründen verschlossen blieben. Denn auch aus den Arbeiter- und Bibliothekskreisen verbreiteten sie sich nicht weitgehend in den Massen. Und doch würden sie noch heute, wo der Geburtstag Gottfried Kellers sich zum hundertsten Male jährt (geboren 19. Juli 1810, gestorben am 15. Juli 1900) gerade im unentwickelten Volke den höchsten Widerhall finden.

Es soll hier um des Geburtstagsdatums willen heute keine literarischwissenschaftliche Reminiscenz und keine Einführung gegeben werden. Keller lebt heute noch in seinen Werken durch sich selbst und bedarf keiner unschreibenden Nachhilfe, um in Herz, Verstand und Gemüt des Lesers zu dringen. Obwohl es viele Jahre dauerte, ehe er zu Lebzeiten beim Aesopismus sich durchsetzte — von seinem unvergleichlichen, die eigene Entwicklung schillernden großen Roman „Der grüne Heinrich“ waren von der ersten kleinen Auflage ein Vierteljahrhundert nach seinem Erscheinen noch über 100 Exemplare vorhanden —, ist er doch jetzt größter Verbreitung sicher. Das zeigen schon die wenigen bisher erschienenen billigen Einzelausgaben des Gottfassen Festes (die Gesammtausgabe umfaßt 10 Bände) mit den bekannten Erzählungen „Die drei gezeichneten Kammerer“ (50 Pf.), „Pantaleon der Schwaben“ (50 Pf.), „Romio und Julia auf dem Dorfe“ (70 Pf.). Seine ausgewählten Gedichte, die Adolf Frey herausgab (1,90 M.), bringen ihn uns

als Dichter nahe, man denke nur an sein wohl bekanntestes herrliches Gedicht „Das Abendlied“ mit den schönen Versen: „Trinkt, ihr Augen, was die Winzer hält, von dem goldenen Ueberflut der Welt.“

Aus der goldenen Halle seines Innern strahlte uns noch heute in unermindertem Glanz die Schöpfung seines Dichtergeistes. Vom Humor verläßt er sich nicht, dahinter die Bitternis seines persönlichen Lebens. Er hatte, als Sohn eines armen Drechslermeisters in Birsch geboren, erst Maler werden wollen, hungerte und litt, bis der Drang zum Dichten in ihm sich Bahn brach. An der politischen Zeit der Georg Dornweg und Anstaltus Grün, der Heine und Prillingshaus anzuliebte sich ihm die eigene Flamme. Als aufgedeckter Demokrat fühlte er mit dem Schweizer Volke, hatte aber auch in Deutschland während seiner Studienjahre einen nahenden Boden. Doch wäre es falsch, ihn wegen seines Aufenthalts in Berlin (das er ganz und gar nicht liebte, obwohl hier „Der grüne Heinrich“ fast ganz entstand und die meisten seiner Novellen, der „Leute von Selbwitz“ u. a.) ihn einen Deutschen zu nennen. Er war es ebenbürtig, wie man ihn einen Sozialisten nennen dürfte, da er doch zeitlich die Verankerung demokratischen Bürgeriums gewesen ist. Er bewachte das Erbe Goethes, er gab Schönheit und Natur in breitem Ausmaß und doch beherrschte, plastisch, toll und oft gar, aber er drang nicht in die wenig erschlossenen dunklen Gebiete der Seele, wie es um hundert Jahren später der Russe Dostojewski und Anatol Ganssun, der norwegische Dichter, vermochten. Kellers Raumwelt und Wirklichkeit war eine anbere, harmonische, glücklicher und eigentlicher ohne Dämonie. Dabei galt er persönlich als ein verlässlicher Herr von sonderlichem Wesen, knurrig und Inocrit, mit kurzen Beinen, parabolischem Kopf, für den Umgang mit der Welt „nicht ganz brauchbar zugerichtet“. Keller, der eine Professur für Literaturgeschichte ausübte, um ganz seinem dichterischen Schaffen zu leben, wurde nach seiner Rückkehr in die Schweiz im Jahre 1861 zum Staatssekretär gewählt und lebte 16 Jahre lang in diesem Amt, das ihn nicht etwa wie Gutzwiller und Angenrüber in Oesterreich bürokratisch einengte, sondern zu einer Art wohlbestalltem Unterkanzler machte.

Schon seinen selbigen Geburtstag im Jahre 1890 hatte Gottfried Keller in künftlichem Zustande begangen. Als ihm im Herbst drei Freunde die goldene Ehrenmitzge überbrachten, die ihn in Zürich einzuweisen, zum Geburtstag aber etwas verspätet zugekommen waren, da kamen ihm die Tränen in die Augen,

„Das kann ich Ihnen sagen, meine Herren, das ist das Beste für das Ende vom Lied“, sagte er, auf die Münze zeigend. „Ich fürchte, daß es mit mir nicht mehr lange dauert.“ Adolf Frey, der diese Episode erzählt, berichtet auch, daß Keller damals zuhörte, „er fühlte keinen anderen Ehrgeiz mehr, als ruhig und allmählich der Natur zurückzugeben, was sie ihm geschenkt hatte.“ Aber er hat noch lange und schmerzliche Kämpfe müssen, ehe dieser Ehrgeiz zur Erfüllung werden konnte. Er traf alle Bestimmungen für seine Feuerbestattung und schrieb im Januar 1890 sein Testament. Den Winter über war er schon fast immer bettlägerig und doch, obwohl ihm schon zwei leibliche Schlaganfälle getroffen hatten, besaß der Körper noch verhältnismäßig viel Widerstandskraft. „Ohne Schmerzen lag er da“, schrieb Adolf Frey, der der Dichter auf seinem Krankenlager manchmal aufsuchte, „und in Dämmerung meistens im Halbtag vor sich hin; er fragte mich nach der Zeit; die Weltlichkeit beruht allmählich für ihn vor dem Bewußtsein der immer wechselnden Bilder, die seine unerschöpfliche Gedankenkraft gebar. Er selber verholte vor der Welt, während Freunde ausgenommen, wie Werlin der Weise, und allerlei Engel und Geister gingen über ihn um, formlos und unheimlich.“

Noch immer...

Noch immer werden in den deutschen Schulen Schladens gelehrt und Friederichs der Ludendorffs aller Zeiten, und es werden den Kindern gesagt, daß Das: Überbergelien und General... annehmung das Leben und die Geschichte sei. Noch immer regiert in den Kammerjahren der hochschwarze, abgewerkte Ministerpräsident, die hier ihre kleine Herrschaft ausüben. Noch immer sollen heute, sonst gebaute, die größten Wahnsinnig, wenn sie das „Mogieren“ überlassen.

Noch immer klagen sich Dienststellen auf, die keinen anderen Beruf haben. Sie machen uns Schwermütigkeiten und hemmen das ohnehin nicht leichte Leben bis zum Ueberdruß mit ihren leeren und nutzlosen Verordnungen. Noch immer werden Sozialisten vogelentzweit, und ohne ein Meisamt für... geht's nicht.

Noch immer herrschen in den kleinen Kommunen die Funktionäre Patrone, und kein Hauch einer Reinerung, geistreiche dem einer Revolution bringt es uns Klein-Bieren-Sachen. Es ist alles beim Alten.

Noch immer sind die widerlichsten und besten Propagandisten in Geltung: der von der widerwärtigen Ungerechtigkeit — der Drogenhammer kann ihn nicht schmerzlicher ausgetrieben haben — und

man verzichten muß, Vereinbarungen zu treffen. Die Regierung tut gerade das Gegenteil. Sie fördert durch ihre kollektivistische Etappen immer neue die Verteuerung der Lebenshaltung und zwingt dadurch die Arbeiter auf Erhöhung ihres Einkommens zu dringen. Statt aber durch Verhandlungen den Ausschuss des Streiks zu verhindern, geht sie erst achlos an den Bewegungen vorbei und versucht sie später durch militärische Machtmittel niederzuschlagen.

Eine Rundgebung kaiserlicher Beamten.

Das Volksbureau bringt eine längere Meldung über eine Rundgebung von Vertrauensleuten der Berliner Behörden, aus der wir als bemerkenswert die Aufforderung an die Beamten hervorgehen, sich jeder mittelbaren und unmittelbaren Beteiligung an russischen Verhandlungen zu enthalten. Die Rundgebung schließt mit dem Gelübde, "beharrlich an der sittlichen und nationalen Wiedergeburt aus der jetzigen tiefen Schmach zu arbeiten". Ausdrücklich heißt es in der Meldung, daß schon vor Monatsfrist eine gleiche Rundgebung die Zustimmung von zehntausenden Beamten und Behörden gefunden habe.

Solange beratige Rundgebungen von Privatpersonen veranstaltet werden, interessieren sie uns wegen ihrer Einflußlosigkeit nicht. Wir würden es dann nur als ein Zeichen der "neuen Welt" ansehen, daß das offizielle Volksbureau beratige Taktiken verbreitet. Wenn sich aber, wie in diesem Falle Behörden gegen die Einführung der Friedensbestimmungen wenden, den gegen die Regierung, wie sie solche hochberrätlichen Treidredenen noch geordneter Organe unmöglich machen will.

Schöne Demokraten.

Im Gemeindevorstand der Preussischen Landesversammlung wurde in den letzten Sitzungen der Beschlüssen über die Neuwahl der Provinziallandtage verhandelt. Für jeden dieser Demokraten ist es eine selbstverständliche Forderung, daß diese wichtigen Selbstverwaltungskörperschaften genau wie die Parlamente im Reich, im Staat und in der Gemeinde auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Verhältnisses gewählt werden. Die bürgerlichen Parteien und die Nationalsozialisten aber denken anders. Zwar geben die Vertreter der demokratischen Partei und der Rechtssozialisten die Erklärung ab, sie seien grundsätzlich für das direkte Wahlrecht auch zu den Provinziallandtagen, bei diesem Vorbehalt aber könne man es bei dem indirekten Wahlverfahren durch die Kreis- und Stadtkonventionen lassen. Das Zentrum schreie sich ganz aus, und so wurde dann ein vom Genossen Böder geleiteter Antrag der Unabhängigen Fraktion zu den Provinziallandtagen das direkte Wahlrecht für alle Wähler einzuführen, gegen die Stimmen unserer Genossen abgelehnt. Die Rechtssozialisten entzogen sich der Abstimmung.

So arbeiten die Rechtssozialisten überall daran, dem Vortritt die politische Macht wieder in die Hände zu geben.

Wieder auferstanden.

Unsere Leser werden sich erinnern, daß der Berliner Alfred Roland, über den im Prozeß gegen den Genossen Debebour eine große Anzahl Zeugen unter Eid befragt hatten, daß er als Spion im Dienste der Regierung zur Befreiung der Zeitungen aufzufordern, und auch weiterhin sich als gemeingefährlicher Propagandist gezeigt habe, damals trotz aller Anstrengungen der Revolvere nicht aufzufinden gewesen war. Jetzt plötzlich, da es sich darum handelt, vor dem Untersuchungsamt der preussischen Landesversammlung Klagen gegen Eichhorn zu formulieren, erscheint Herr Roland und macht seine Aussage. Es ist allerdings verständlich, daß es einen Unterschied macht, im öffentlichen Gerichtsverfahren ehrenwerten Zeugen gegenübergestellt zu werden, oder aber vor der geschlossenen Untersuchungskommission, wo man vor der Gegenüberstellung mit unangenehmen Gegenständen sicher ist, heimtückische Anklagen gegen Eichhorn zu formulieren.

Der Gipfel der Unverschämtheit aber ist es, wenn Herr Roland jetzt erklärt, er sei deshalb vor Gericht nicht als Zeuge erschienen, weil die "Freiheit" seine volle Adresse mitgeteilt habe, und er sich seines Lebens vor den Unabhängigen

nicht mehr sicher fühlte. Herr Roland, der jenem politischen Mangel angehört, der die mörderischen Anschläge gegen alle wahren Revolutionäre aussetzt und ausführt läßt, hätte alle Ullische, gerade eine solche Beschuldigung nicht gegen andere auszusprechen.

Preussische Landesversammlung.

Die gestrige Sitzung dauerte bis 11 Uhr abends. Um 7 1/2 Uhr erhielt zunächst das Wort Hr. Klausner (N. Sos.) zu längeren Ausführungen über den Landarbeiterstreik.

Hr. Heilmann erklärte persönlich: Ich habe daran fest, daß es sozialistische und kommunistische Agitatoren gibt, die zum Streik gehen, lediglich um das Elend zu vergrößern und ihr Ziel der Gewalttätigkeit zu erreichen.

Um 9 Uhr begann Hr. Leib (N. Sos.) eine Rede gegen die Rechtssozialisten und die Regierung, namentlich gegen Minister Heine, hinter dessen Spießsystem er gewißlich leuderte. Wir werden die Rede noch ausführlich bringen.

Das Haus vertagte sich 11 1/2 Uhr nachts auf heute Mittag 12 Uhr.

Aufhebung der Blockade gegen Rußland.

Eigener Drahtbericht der "Freiheit".

Stockholm, 17. Juli.

Wie der Pariser Tribalkorrespondent der "Daily Herald" drahtet, kann nun definitiv die Mitteilung bestätigt werden, daß die Blockade gegen Rußland nach der Ratifizierung des Friedensvertrages durch die deutsche Regierung aufgehoben wird. Die Blockadekommission hat dem Biermännerrat mitgeteilt, daß die Fortsetzung der Blockade unmöglich ist, da zwischen der Entente und Rußland kein Kriegszustand herrscht. Der Biermännerrat ließ diese Gesichtspunkte gut, doch fragte er, inwiefern man die Zufuhr von Kriegsmaterial und Vitalien nach dem bolschewistischen Rußland verhindern könne. Die Blockadekommission antwortete, daß man unmöglich einen Unterschied zwischen Kriegsmaterial und anderen Waren machen könne. Der Handel nach Petrograd und Odesa muß demnach als juristisch frei angesehen werden. Der Biermännerrat fand sich in das unumgängliche und unterzeichnete ein Dokument, das die Order zur Aufhebung aller Verhaltensmaßnahmen zur Verhinderung des Handels mit Rußland enthält. Beschlossen wurde, bis auf weiteres diesen Beschluß heimlich zu halten in der Hoffnung der Aufrechterhaltung einer Art Blockade (Bluff). Es wird nämlich als selbstverständlich angesehen, daß die skandinavischen Länder und Deutschland nach Kenntnis der Aufhebung der Blockade sofort den Handel mit Rußland beginnen würden.

Die Ratifizierung in England.

Amsterdam, 17. Juli.

"Daily Chronicle" meldet, daß die britische Regierung das Unterhaus ersuchen wird, nächsten Montag das Gesetz betreffend Ratifizierung des Friedensvertrages, wenn die Zeit es gestattet, in einer Sitzung in allen Sprachen zu verhandeln. Dagegen soll das englische Finanzabkommen wenn möglich vollständig erledigt werden. Lloyd George wird anwesend sein und sich an der Diskussion beteiligen. Man erwartet keine Kritik an beiden Gesetzentwürfen. Man nimmt an, daß nichts bezüglich einer Neubildung oder Veränderung des Ministeriums vor der Verlegung des Parlaments unternommen wird, da die Regierung beabsichtigt, das Parlament von ungefähr Mitte August bis Mitte Oktober zu vertagen.

Aus aller Welt.

Erdböden in Odenburg.

Die aus Odenburg berichtet, daß man bei Bohrungen in dem kleinen Ort Dösch in der Nähe der Hauptstadt Odenburg auf Erdböden. Sofort vorgenommene Untersuchungen von Sachverständigen stellten fest, daß es sich um ein großes und sehr ausbeutungsfähiges Erdböden handelt. Mehrere Erdbödenanteile mit leichteren und schwerem Öl unter starkem Druck sollen vorhanden sein.

Da in Deutschland nur ganz vereinzelte Erdböden mit geringen Entzügen bekannt sind, kann die Entdeckung unter Umständen von großer Bedeutung für unser wirtschaftliches Leben sein. Die Ausbeutung der Quellen dürfte aber unter allen Umständen dem Reichtumkapital entzogen werden.

Man predigt den neuen Geist der Befreiung, der Unabwiesigkeit gegen alle bürgerliche Gesetze, der die ganze Erde durchgittert und aufwühlt und hofft auf die sichere und tiefe Bewegung des Volkes, die aufsteigt, um eines Tages zu herrschen und das Antlitz der Gesellschaft zu wandeln. Die gestrigen Arbeiter wollen, wie es ihre Pflicht ist, ihr Teil am Werke dieser endgültigen Widergeburt der Menschheit haben. Sie sind, getrieben von den großen Ereignissen, unaufhörlich wachsen, an neuem Willen zum Guten. Höhere Kunst, besonders aber die Zusammenarbeit der künftigen Gruppen in den verschiedenen Ländern erteilt bei der Gründung eines deutschen Sekretariats der Herausgeber der Weißen Blätter (die auch den Rufus im Wortlaut bringen), R. Schiele, Kriem am Roberter, Schwelz.

Zur Reform des Theaterwesens, die eine dringende künstlerische Notwendigkeit unserer Zeit ist und an Haupt und Gliedern erfolgen muß, macht Hans Brandenburg in einem bei Eugen Diederichs in Jena erschienenen Aufsatz "Das Theater und das neue Deutschland" Vorschläge, die mit dem kapitalistischen Gesellschaftsleben unserer Bühnen auskommen wollen. Es handelt sich um Theaterfiedelung und Theaterkulturen, die in künstlerischer Gemeinschaft den Tanz, Gymnastik, Musik, Sprachkunst, Erziehung, Bildung, Kunstgewerbe, Handwerk, Gartenbau, Bewirtschaftung, Unterricht und anderes mehr pflegen sollen. Die Gemeinschaft soll mit den Einnahmen ihres Spielzeites sich wirtschaftlich selber tragen und damit auch jedes ihrer Mitglieder erhalten. Es ist ein "Bund für das neue Theater" gegründet worden, dem n. a. Peter Behrens, Richard Diehm, Hermann Rühlmann, Bruno Lant, Gustav Wyhlen und Grete Diehm angehören, die sich an die Allgemeinheit, an das Volk ohne jeden gesellschaftlichen Unterschied zur Durchführung ihrer künstlerischen und wirtschaftlichen Pläne wenden.

Neben Stadttheaterverhältnissen während des Krieges hat die Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger für das kommunale Theater eine Umfrage veranstaltet, um die allgemeine wirtschaftliche Lage der Stadttheater und die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Bühnengehörigen zu ermitteln. Von den befragten 33 Stadttheatern haben 18 privatwirtschaftliche, 15 kommunalwirtschaftliche, 5 gemischtwirtschaftliche Betriebe. Nach der Bearbeitung von Viktor Rost bietet der Aufbau nach Einnahmen das Bild einer sich nach oben in der Form der verjüngenden Pyramide mit breitem und hohem Sockel: das

Gewerkschaftliches.

Die Berliner Asphaltarbeiter für Arbeitsruhe am 21. Juli.

Eine Mitgliederversammlung der Asphaltarbeiter, die am Donnerstag abend im Gewerkschaftshaus stattfand, nahm den Bericht vom Verhandlungsstand in Dortmund entgegen. In der Diskussion wurde der Reklame des "Asphaltarbeiter", Binz, wegen eines Artikels "Reisefolgen" eines parteilichen "Dongen" angegriffen. In den nachfolgenden Wahlen zum Hauptvorstand wurden die Röll, Rah, Heimlich und Reichel als Reichel, Reimlich und Parisch als Revisoren gewählt. An Stelle des auf dem Verhandlungsstand zum Hauptvorstand gewählten Röll, Krieger wurde dann Lutz zum Vorsitzenden der Ortsverwaltung Berlin gewählt.

Zu Bericht über den Gewerkschaftslongch stellte Binz mit Bemerkung fest, daß die Mehrheit des Kongresses die Taktik der Generalkommission während des Krieges gutgeheißen und sich mit denselben Stimmverhältnis für die Bezirksräte im Sinne des Plebisziten Beipart ausgesprochen habe. Er behauptete dann, daß Differenz in seinem Korreferat gar nichts anderes gesagt habe und auch nicht sagen konnte als der Referent imbreit, denn darüber sei sich die Arbeiterschaft einig, daß die Produktion sozialisiert werden müsse; das sei aber nicht durch Reden, sondern nur durch Arbeit zu erreichen. — So verstanden sich die Gewerkschaftsvereinsräten der alten Schule der jetzigen immer mehr nach links gehenden Stimmung ihrer Mitgliedschaften beizugehen. Von einem Disziplinardekret wurde denn auch mit Recht auf den benennenden Modus der Delegation zum Gewerkschaftskongress hingewiesen. — Ein Antrag, am Montag, den 21. Juli, aus Anlaß der Protestaktion des internationalen Proletariats die Arbeit ruhen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern über die geforderte Teuerungsgulage sind noch nicht zum Abschluß gelangt, die Organisation wird jedoch alle erforderlichen Schritte unternehmen, um diese Forderung durchzusetzen.

Der Lohnsatz für die Zigarettenbranche.

Die im Deutschen Tabakarbeiter-Berband organisierten Arbeiter der Zigarettenbranche hielten am Mittwoch eine Sektionsversammlung ab, um zu dem neuen Lohnsatz Stellung zu nehmen. Einleitend führte Arbeiter aus, daß es der Lohnsatz sei, der in der Zigarettenindustrie abgeschlossen worden sei und daß es dadurch schwer hielt, die statistischen Unterlagen zu schaffen, um etwas Brauchbares für die Arbeiter heranzubringen. Einleitend hatten aber auch die Fabrikanten ein großes Interesse daran, einen fädelten Abschluß des Lohnsatzes herbeizuführen, weil sie einen sogenannten "wilden" Streik befürchteten. So kam man schließlich auf die nunmehr festgesetzten Löhne der verschiedenen Abteilungen ein. Er führte hierbei aus, daß den bereits besser bezahlten Arbeitern nicht so große Zulagen gemacht worden sind, wie den schlecht bezahlten, aber insofern der allzu großen Lohnunterschiede wurde erst einmal ein Lohnausgleich geschaffen werden. Er betonte hierbei, daß die Fabrikanten im allgemeinen trotz ihres ungeheuren Verdienstes sehr feindlich gestellt haben. Die Lohnzulagen betragen im allgemeinen bis 40 Prozent des bisherigen Lohnes. Seien auch nicht alle Wünsche jedes einzelnen erfüllt worden, so kann man aber doch behaupten, daß im großen und ganzen sehr viel geschaffen worden sei.

So kam man schließlich auf die Löhne der Arbeiter der verschiedenen Abteilungen ein. Er führte hierbei aus, daß den bereits besser bezahlten Arbeitern nicht so große Zulagen gemacht worden sind, wie den schlecht bezahlten, aber insofern der allzu großen Lohnunterschiede wurde erst einmal ein Lohnausgleich geschaffen werden. Er betonte hierbei, daß die Fabrikanten im allgemeinen trotz ihres ungeheuren Verdienstes sehr feindlich gestellt haben. Die Lohnzulagen betragen im allgemeinen bis 40 Prozent des bisherigen Lohnes. Seien auch nicht alle Wünsche jedes einzelnen erfüllt worden, so kann man aber doch behaupten, daß im großen und ganzen sehr viel geschaffen worden sei.

Die Diskussion, die bei den einzelnen Positionen einsetzte, ließ erkennen, daß die Arbeiter mit den bewilligten Lohnsätzen im allgemeinen nicht zufrieden waren. Nach längerer Debatte wurden jedoch die einzelnen Sätze bis auf die der Handarbeiter angenommen. Die Löhne der Handarbeiter hielten so niedrig, daß noch einmal mit den Fabrikanten in Verhandlung getreten werden soll. Der Tarif läuft vom 6. Mai 1919 bis 1. April 1921.

Der Arbeiterrat der Reichsdruckerei teilt mit, daß der Bericht aus der Versammlung der Stahnenbahner, die Reichsdruckerei betreffend, vom 14. 7. 19 (Abgabe eines Tageslohn) nicht den Tatsachen entspricht.

Wühnenprofessariat, aber dem sich mit fortgesetzter Vertiefung die Stufe der Bourgeoisie (Stabs) erhebt, die hell und gerlich nach oben sich rasch verjüngende Spitze bilden die zum Teil sehr hohen Einkommen der Direktoren (Unternehmer). In den kommunalwirtschaftlichen Betrieben erscheinen die Verhältnisse besser ausgeglichen als in den privatwirtschaftlichen. Die Vergütung der kleineren Kräfte sind aber auch hier durchaus unzureichend. Die finanziellen Leistungen der Kommune für das Theater setzen meist in einem unbefriedigenden Verhältnis zu der hohen Kulturansgabe, die das Theater zu erfüllen hat. Mit der Forderung der Vermehrung der Schüler und Rollvorbereitungen ist längst nicht alles getan.

Gedichte von Erich Mühsam, die vor seiner Verurteilung zu 15 Jahren Gefängnis während der Gefängnishaft im Monat Mai geschrieben wurden, sind jetzt im Verlage von Leon Firch, Berlin W. 30, erschienen. Das schmale Bändchen, das unter dem Titel "1919" dem Andenken Gustav Landauer gewidmet ist, kostet 1 Mark, und der Erbs soll ohne Abzug dem Verfasser zufließen. Seine Verse sind im Drange der Gefühle noch ungeschliffener als manche früheren poetischen Ergüsse Mühsams, die aus der Tafelhaus- und Boheme-Kimonen immerhin einen kühnen Ton hatten, der sich über die Durchschnittlichkeit erhob. Der satirische Charakter blieb auch in diesen Versen unverloren und wird die Freunde und Feinde Mühsams erkennen lassen, daß er auch im Gefängnis der Welt nicht Meiden wird.

Am Verlag von Hoffmann u. Campe (Hamburg und Berlin) erscheint ein Neudruck des Sammelwerks von Heinrich Heine gezeichneten Romane von Hermann Schell (1801-1887) "Schief-Ledische mit seiner Kalle oder Polnische Witzschel" (1848). Das Buch ist von Heinrich Heine eingeleitet und bringt ein Nachwort des Verfassers über komische Romane und die Aufgaben der modernen Literatur.

Das Opernhaus wird am 1. September unter seinem neuen Direktor, Generalmusikdirektor von Schilling, mit "Cagliostro" eröffnet werden. — "Valeriana", Hans Pöyner's Londoner, wird als erste Komödie der nächsten Spielzeit im Berliner Opernhaus aufgeführt werden.

Im Neuen Operntheater findet am Montag die 60. Aufführung von "Die Dame von Paphos" statt. — Im Künstlertheater wird am Sonnabend "Die Kunstschmied" mit Max Mehlert zum 60. Male gegeben.

von der Stupolei, der die Mitmenschen die Rosen im fremden Boden stecken heißt — und der von der Gotteslästerung und der — und der — und der —

Noch immer beherrschen Stützpunktstämmler das öffentliche Leben in den kleinen Städten.

Noch immer thronen in den Klammern und in den Erziehungshäusern und in den Arbeitshäusern und überall, wo unglückliche Junge oder alle Menschen gehorchen müssen, die alten schlechten Hauptlinge: Kerle, die von nichts wissen als von ihrem finstern Drang zu herrschen, zu befehlen, zu knien und zu kriechen.

Noch immer ist der Deutsche in allen kleinen Angelegenheiten bei jedem Lebens urteil, ein harmlos erndtender Döpp, so lange er nicht selbst ein Mensch sein eigen nennt, und hat er's auch er ein Kaiserchen.

Was habe ihr gespielt? Revolution? Nieder. Politische Nieder.

Jagat Wobbel (in der "Weltbühne").

Eine Hochschullehrer-Ausgabe der öffentlichen bürgerliche Wäcker, worin "zur Wahrung der nationalen Ehre" gegen den Freiheitskämpfer Einspruch erhoben wird. Besonders hat es den Herren Unversitätsprofessoren und Museumsbeamten die verlorne Auslieferung und Aburteilung des Kaisers angehen. Sie verlangen Paz und Vergebung gegen die Feinde und geloben, falls diese ihre Wünsche durchzuführen, alles daran zu setzen, diese Gesinnung auf Kinder und Kindeskinde zu vererben und in der deutschen Nation dauernd lebendig zu erhalten. Man ist ja von der politischen Einheitslosigkeit und nationalen Verblendung unserer Akademiedarlinge manches Parze Stück gewohnt. Aber es ist doch schmerzhaft, Roman von Gelchtern, wie Wilmarowitz in Rodendorf und anderen bedeutungsvollen Vertretern ihrer Fachwissenschaft in einer Reihe mit Deuten zu lesen, bei denen der Germanist Rötze als Teufels das Banner schwingt, dem ein Beheter S. Du mit im Ramenzuge folgt.

Eine Vereinerung der Weisigen hat sich in Paris unter dem Namen "Clarie" (Marxist, Erleuchtung) konstituiert. Im Auftrage des Gründungsleiters hat der Dichter Henri Barbusse die Ziele der Gruppe dargelegt. Sie glaubt, im sozialen Fortschritt, daß die Eingabe an die edelsten moralischen Ideen und an die selbstverständlichen Wahrheiten sich, bedt mit der Eingabe für alle Unterdrückten, alle Armen, alle Menschen

